

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

18. WP - 15. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. Mai 2013, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hauke Göttisch (CDU)

Vorsitzender

Klaus Jensen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Lars Winter (SPD)

i. V. v. Dr. Gitta Trauernicht

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Kai Vogel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/515	
EEG erhalten - Haushalte entlasten	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/554	
Energiewende sichern - Kosten begrenzen	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/557 - selbstständig -	
2. Bericht über die Verhandlungen zur Strompreiskontrolle	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/699	
3. Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/733	
4. Eine Landesnetzagentur einrichten	10
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/749	
5. Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein	11
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/570	
Kein Fracking in Schleswig-Holstein!	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/671 - selbstständig -	

-
- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes** 12
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/752](#)
- 7. Existenz der Ostseefischer erhalten** 13
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/603](#)
- Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/665](#) - selbstständig -
- 8. Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!** 16
- Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/622](#)
- Neugestaltung der Lebens- und Futtermittelkontrollen prüfen**
- Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/663](#)
- 9. Bericht der Landesregierung über Baggergut Hamburger Hafen** 17
- 10. Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein** 19
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/696](#)
- 11. ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern** 20
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/562](#) (neu)
- 12. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
Rahmenplan für das Jahr 2013** 21
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/670](#)

-
- | | |
|---|----|
| 13. Hofabgabeklausel abschaffen! | 22 |
| Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW | |
| Drucksache 18/621 | |
| 14. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013 | 23 |
| Bericht der Landesregierung | |
| Drucksache 18/478 | |
| 15. Verschiedenes | 24 |

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/515](#)

EEG erhalten - Haushalte entlasten

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/554](#) - selbstständig -

Energiewende sichern - Kosten begrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/557](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**, den Sozialausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Beer vertritt die Ansicht, dass sich der Ausschuss spätestens im September wieder mit dieser Thematik beschäftigen werde. Sie berichtet von einem Gespräch mit dem Bundesverband der Windenergie, der die Idee habe, Transparenz im Hinblick auf die Stromkostenpreise durch Aufschlüsselung der einzelnen Kosten auf Stromrechnungen herzustellen.

Abg. Kumbartzky verweist auf den Bericht der Landesregierung über die Verhandlungen zur Strompreisbremse und wirbt für die Annahme des Antrags der Fraktion der FDP.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, sagt, die Aussage der Landesregierung in dem Bericht über die Verhandlungen der Strompreisbremse, auf die sich Abg. Kumbartzky bezogen habe, sei Ausfluss der Kompromissbereitschaft der Landesregierung gewesen, auf Bundesebene eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Das sei aber nicht gelungen.

Der Ausschuss fasst sodann folgende Beschlüsse:

Er empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Energiewende sichern - Kosten begrenzen, [Drucksache 18/557](#), abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP, EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten, [Drucksache 18/515](#), abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den selbstständigen Änderungsantrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, EEG erhalten - Haushalte entlasten, [Drucksache 18/554](#), anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen zur Strompreisbremse

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/699](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keine Zwischenlagerung von hochradioaktiven Abfällen aus Wiederaufbereitungsanlagen ohne erneute und umfassende Prüfungen und Bürgerbeteiligung

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/733](#)

(überwiesen am 24. April 2013 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Die Ausschussmitglieder beziehen sich auf die im beteiligten Wirtschaftsausschuss geführte Diskussion und kommen überein, den Antrag zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Auf Frage der Abg. Beer legt Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, dar, die Landesregierung sei bemüht, die Öffentlichkeit so viel und so oft wie möglich zu informieren. Selbstverständlich seien sie auch bereit, Einladungen für Veranstaltungen vor Ort anzunehmen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Planungen zum Dialogforum.

Abg. Beer bittet, dem Ausschuss die Informationen über die zeitliche Planung schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Eine Landesnetzagentur einrichten

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/749](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1191](#)

Der Ausschuss kommt überein, gegebenenfalls mit dem beteiligten Wirtschaftsausschuss eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin dafür verständigt er sich auf den 11. September 2013.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Moratorium für Fracking in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/570](#)

Kein Fracking in Schleswig-Holstein!

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/671](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013)

hierzu: [Umdruck 18/1132](#)

Abg. Beer schlägt vor, eine Entscheidung bis nach der gemeinsamen Anhörung mit dem Wirtschaftsausschuss, die für August 2013 vorgesehen sei, zurückzustellen.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, antwortet auf eine Frage der Abg. Beer und legt zum Thema Monitoring dar, bis zur Feststellung des neuen Raumordnungsplans für Schleswig-Holstein würden in Schleswig-Holstein keine Anträge, die den Plänen der Raumordnung entgegenliefen, genehmigt. Das sei faktisch ein Moratorium, das rechtlich auf besseren Füßen stehe als das in Nordrhein-Westfalen, das gewissermaßen nur eine Aufforderung an das Landesbergamt sei, kein Fracking zu genehmigen, solange Gutachten nicht ausgewertet seien. Dies funktioniere nur, solange keine Rechtsmittel dagegen eingelegt würden. Die von Schleswig-Holstein eingebrachte Bundesratsinitiative solle dafür sorgen, dass Fracking insgesamt unterbunden werde. Sie enthalte kein Moratorium.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesjagdgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/752](#)

(überwiesen am 26. April 2013)

Der Ausschuss beschließt, am 12. Juni 2013 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 17. Mai genannt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Existenz der Ostseefischer erhalten

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/603](#)

Schweinswale schützen - Existenz der Fischer erhalten

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/665](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, weist darauf hin, dass der Prozess, einen besseren Schutz von Schweinswalen zu erreichen und gleichzeitig der Stellnetzfisherei eine sichere Einkommensperspektive zu eröffnen, seit einiger Zeit andauere. Zu seinem Erstaunen zeichne sich nunmehr in der Perspektive eine gute Lösung ab. Die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Gespräche müssten nunmehr in einen geordneten Rahmen überführt werden. Versucht werden solle, einen Rat für nachhaltige Fischerei einzurichten. Beabsichtigt sei, temporäre und lokale Schutzgebiete auszuweisen. Er werde noch im Mai zu einem Gespräch einladen, das hoffentlich im Endeffekt dazu führen werde, dass am Ende des Prozesses eine einheitliche Erfahrungs- und Datengrundlage existiere. Er hoffe, dass dies noch im Laufe dieser Legislaturperiode erarbeitet werden könne.

Die Festlegung von temporären und lokalen Schutzgebieten solle durch die Änderung der Küstenfischereiverordnung erfolgen. Diese solle noch im Mai auf den Weg gebracht werden. Die sich daran anschließende Entwicklung solle durch den einzurichtenden Rat begleitet werden.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss erläutert Minister Dr. Habeck, die bisherige Zeit sei genutzt worden, Programme und Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um alternative Fangmethoden zu entwickeln. Zur Begleitung und Auswertung der Ergebnisse sei der Rat entscheidend wichtig. Den Fischern, insbesondere in den betroffenen Gebieten, werde angeboten, an den Forschungsprojekten mitzuwirken. Notwendig sei, Vertrauen und Gemeinsamkeit herzustellen. Er hoffe, dass das gelinge. Die Umsetzung strebe er für Herbst 2013 an.

Eine Nachfrage der Abg. Beer hinsichtlich einer Förderung aus EU-Mitteln beantwortet Minister Dr. Habeck dahin, dass es wohl möglich sei, alternative Fangmethoden zu fördern. Hier gebe es aus Sicht der Landesregierung die Möglichkeit, attraktive Angebote zu schnüren.

Abg. Winter erklärt, dass seine Fraktion unterstütze den vom Minister eingeschlagenen Weg grundsätzlich. Vor dem Hintergrund, dass die politische Ebene im Rat für nachhaltige Entwicklung nicht direkt involviert sei, bitte er darum, den Ausschuss über Entscheidungen im Rat, die haushaltsrechtliche Auswirkungen hätten, zu informieren. Wichtig für ihn sei, dass die Wissenschaft vertreten sei.

Auch Abg. Jensen begrüßt die Einrichtung eines Rats für nachhaltige Fischerei. Er bezweifelt, dass die Änderung der Küstenschutzverordnung so kurzfristig der sinnvolle Weg sei. Außerdem erkundigt er sich nach der Beteiligung des Parlaments.

Minister Dr. Habeck zeigt großes Interesse an der Beteiligung des Parlaments. Die Küstenschutzverordnung solle so geändert werden, dass bestimmte Gebiete in bestimmten Zeiten freigehalten werden sollten. Das gelte nicht für Fischer, die sich an den Forschungsprojekten beteiligten, und nicht für Fischer, die alternative Fangmethoden anwendeten.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach der Einbindung der örtlichen Fischer. Minister Dr. Habeck führt aus, in Gesprächen vor Ort sei auf die jeweilige lokale Situation eingegangen worden. Die gefundenen Gebietskulissen seien durch die Gespräche mit den Fischern vor Ort über Gebietskulissen mitgeprägt worden. Inwieweit die Interessen einzelner Fischer von den jeweiligen Verbänden vertreten würden, müsse verbandsintern geklärt werden.

Auf eine weitere Nachfrage des Vorsitzenden legt Minister Dr. Habeck dar, dass in den vergangenen Jahren eine Reihe von toten Schweinswalen gefunden worden sei. Die Totfunde würden nicht eindeutig einer Todesursache zugeordnet. Es scheine aber so zu sein, dass mehr Schweinswale verendeten und die Stellnetzfisherei einen Anteil daran habe. Es wäre Aufgabe des Rates für nachhaltige Fischerei, eine wissenschaftliche Evaluation zu diesem Thema durchzuführen. Für ihn seien die Befunde hinreichend, um daraus einen Arbeitsauftrag abzuleiten.

Abg. Winter verweist auf ein Monitoring-Programm des FTZ in Büsum. Danach habe es im Jahr 2009 120 tote Schweinswale gegeben. Vor dem Hintergrund der Dauer des bisherigen Dialogs halte er das jetzt eingeleitete Verfahren für sinnvoll.

Abg. Jensen erklärt, bezüglich des Ziels, einen höheren Schutz für Schweinswale zu erreichen, bestehe Einvernehmen. Er wolle allerdings der Sorge Ausdruck geben, dass im Zusammenhang mit der Veränderung der Küstenschutzverordnung so weitreichende Einschränkungen der Möglichkeiten für einzelne Fischereibetriebe erfolgten, dass diese in Existenznöte gerieten.

Der Ausschuss kommt überein, den weiteren Prozess durch Information durch die Landesregierung zu begleiten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Lebens- und Futtermittelkontrollen wirksam gestalten!

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/622](#)

Neugestaltung der Lebens- und Futtermittelkontrollen prüfen

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/663](#)

(überwiesen am 20. März 2013)

Abg. König verweist auf in der letzten Legislaturperiode eingebrachte Anträge und wirbt für die Annahme des Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN.

Abg. Winter macht deutlich, dass sich der Änderungsantrag auf einen anderen Sachverhalt beziehe als der Ursprungsantrag der Koalition. Mit dem Antrag der Koalition gehe es darum, das Problem in der Lebens- und Futtermittelproduktion in den Griff zu bekommen.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, macht darauf aufmerksam, dass das Thema Einführung eines Smiley-Systems Gegenstand der Diskussionen des Verbraucherschutzministeriums sei. Er gehe davon aus, dass sich die Bundesländer darauf verständigten, ein derartiges System einzuführen, dessen Anwendung allerdings in einer Übergangsfrist freiwillig sein werde.

Abg. Kumbartzky lehnt die Einführung des Smiley-Systems ab.

Abg. König bittet, den Gebührenkatalog für Auskünfte nach dem Verbraucherinformationsgesetz zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen des Vertreters der PIRATEN, den Änderungsantrag [Drucksache 18/663](#) abzulehnen, und mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN, den Antrag [Drucksache 18/622](#) anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über Baggergut Hamburger Hafen

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, berichtet, es gebe eine Verständigung mit Hamburg über die Unterbringung von Baggergut aus dem Hamburger Hafen. Das Baggergut solle zur Tonne E3 verbracht werden. dort gebe es eine Senke im Meer, die verfüllt werde, und es gebe nicht die Gefahr einer Ausbringung des Schlicks vor der schleswig-holsteinischen Küste. Die Genehmigung sei bis Ende 2014 befristet, auch um den Druck auf Hamburg hochzuhalten, ein Managementkonzept für die Elbe aufzulegen, um die derzeitigen Probleme nachhaltig zu lösen. Die Vereinbarung mit Hamburg beinhalte, dass pro Kubikmeter verbrachter Menge 2 € gezahlt würden. Dieser Geldbetrag solle als Gründungskapital für eine Stiftung Nationalpark verwendet werden.

Auf Fragen des Abg. Rickers legt Minister Dr. Habeck dar, nach seinen Kenntnissen gebe es durchaus Möglichkeiten, die Probleme durch ein anderes Management zu minimieren. Hamburg habe sich verpflichtet, entsprechende Gespräche zu führen.

Herr Wienholdt, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, macht deutlich, dass es sich um ein komplexes Problem handle, das nicht nur auf Hamburg beschränkt sei. So würde etwa bei der Bundesanstalt für Gewässer geprüft, welche Möglichkeiten einer Baggergutumlage an der Elbe bestünden. Damit im Zusammenhang stehe auch die Frage der Schadstoffentfrachtung, die ein Problem des gesamten Elbeeinzugsgebietes sei. im Jahr 2009 habe man sich zur Bestimmung der Bioakkumulation auf eine bestimmte Schneckenart verständigt.

Er bejaht die Frage des Abg. Rickers, ob eine ständige Überprüfung der eingebrachten Stoffe im Hinblick auf die Schadstoffbelastung erfolge.

Auf eine Frage des Abg. Jensen führt Minister Dr. Habeck führt aus, die Landesregierung habe die Entscheidung des Nationalparkkuratoriums abgewartet; dieses habe sich im Prinzip mit der gewählten Vorgehensweise einverstanden erklärt. Vor einigen Monaten seien umfangreiche Gespräche mit den Landräten geführt worden. An der Sachlage habe sich nichts verändert; deshalb seien aktuell keine erneuten Gespräche geführt worden.

Herr Wienholdt legt zur Belastung dar, dass das Baggergut einige Schwermetalle enthalte; es handle sich allerdings nicht um hochgiftige Materialien. Die Verbringungsstelle sei gewählt worden, da bekannt sei, dass sich die Ablagerungen nach menschlichem Wissen nicht weiter verteilen, und zwar - so auf eine Nachfrage des Vorsitzenden - in einem Radius von etwa 3 km um die Tonne E3.

Auf eine weitere Nachfrage des Vorsitzenden äußert Minister Dr. Habeck die Auffassung, dass er eine Stiftung selbst bei dem jetzigen geringen Zinserträgen für nachhaltig halte. Das Kapital solle auf keinen Fall angegriffen werden.

Die Befristung des Vertrags bis 2014 sei erfolgt, um Hamburg Zeit zu lassen, ein neues Hafenmanagement aufzulegen. Die Erfahrungen mit der Vergangenheit hätten ihn im Übrigen gelehrt, dass es sinnvoll sei, mit Hamburg ab und an nachzuverhandeln.

Abg. Fritzen begrüßt die Einrichtung einer Stiftung sowie die Befristung des Vertrages und erkundigt sich nach den Grenzwerten. Herr Wienholdt und Minister Dr. Habeck verweisen daraufhin auf die entsprechenden Veröffentlichungen im Internet.

Abg. Redmann macht deutlich, dass sie sich als Teil des Parlamentes den Vorbehalt des Haushaltsgesetzgebers zum Umgang mit den Stiftungsgeldern vorbehalte. Sie erkundigt sich sodann danach, ob es möglicherweise andere Vorhabenträger gebe, die in die Stiftung einzahlten. Minister Dr. Habeck hat dazu keine konkrete Vorstellung. Er könne sich aber durchaus vorstellen, dass Einzahlungen möglicherweise von Sponsoren oder für spezielle Nutzungen im Wattenmeer erfolgten.

Auf Hinweise des Abg. Jensen macht Herr Wienholdt darauf aufmerksam, dass die Debatte seit 2005 geführt werde. Es gebe allerdings die realistische Chance, die zu verbringenden Baggergutmengen zu reduzieren.

Auf eine Frage des Abg. Kumbartzky versichert Herr Wienholdt, dass es keinen Zusammenhang zwischen den Ablagerungen bei der Tonne E3 und der Fahrinne Friedrichskoog gebe.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Situation des Kleingartenwesens in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/696](#)

(überwiesen am 26. April 2013 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den Bericht der Landesregierung gemeinsam mit Vertretern des Landesverbands der Kleingärtner nach der Sommerpause zu diskutieren.

Punkt 11 der Tagesordnung:

ELER-Mittel für Schleswig-Holstein effektiver ausrichten und sichern

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/562](#) (neu)

(überwiesen am 26. April 2013 zur abschließenden Beratung)

Auf die Frage des Abg. Rickers, ob es Beschränkungen der Landesregierung gebe, die Aktiv-Regionen anders zu gestalten, antwortet Herr Rabe, Mitarbeiter im Referat Grundsatzfragen der Energie-, Agrar- und Umweltpolitik, Koordinierungsstelle im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dass es bisher kein Konzept hinsichtlich einer Änderung oder Umstrukturierung der AktivRegionen gebe.

Auf eine Nachfrage des Abg. Jensen versichert Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, es gebe keine Überlegungen, die AktivRegionen einzustellen oder zu reduzieren. Er halte es allerdings für sinnvoll, die knappen Mittel strategisch klug einzusetzen. Hier müssten die AktivRegionen selbst versuchen, Überlegungen anzustellen. Den letzten Gesprächen mit den AktivRegionen habe er entnommen, dass entsprechende Vorschläge des Ministeriums aufgegriffen würden. Er rechne damit, dass ein Teil der Mittel in bestimmten Projekten gebündelt werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
Rahmenplan für das Jahr 2013**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/670](#)

(überwiesen am 26. April 2013 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Hofabgabeklausel abschaffen!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/621](#)

(überwiesen am 21. März 2013)

Abg. Voß erläutert den Antrag der Koalition.

Abg. Rickers hält die Hofabgabeklausel nach wie vor für gerechtfertigt, um eine Hofübergabe zu beschleunigen. Nach seinen Erfahrungen gebe es auch keinen Mangel an Leuten, die bereit seien, Höfe zu übernehmen.

Abg. Eickhoff-Weber hält die Hofabgabeklausel in der heutigen Zeit nicht mehr für gerechtfertigt und es für schwer nachvollziehbar, dass eine gesetzliche Klausel erforderlich sei, um eine Hofübernahme zu beschleunigen. Sie halte dies für eine gesellschaftliche Ungleichbehandlung. Dies müsse auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass Menschen in der heutigen Zeit immer länger arbeiteten.

Abg. Rickers plädiert erneut für die Beibehaltung der Hofabgabeklausel und hält sie für einen Anreiz, Höfe an die nächste Generation zu übergeben. Anderenfalls werde ein Strukturwandel schwieriger.

Abg. Voß gibt zu bedenken, dass es eine Vielfalt von Betrieben gebe.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von FDP und CDU, den Antrag unverändert anzunehmen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/478](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse des Landtages)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

In diesem Zusammenhang bittet Abg. Voß die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über die Auswirkungen der Saatgutverordnung der EU auf Schleswig-Holstein zu berichten.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Delegationsreise

Der Ausschuss beschließt eine Delegationsreise des Vorsitzenden des Ausschusses im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet zu einer Informationsreise nach Kaliningrad vom 24. bis 28. Juni 2013.

b) Terminänderungen

Der Ausschuss beschließt folgende Terminänderungen:

7. August: gemeinsame Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss; Anhörung zum Thema Fracking

28. August: Sitzung entfällt

11. September: Anhörung zum Thema Netzagentur gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss

23. Oktober: Sitzung entfällt

30. Oktober: neuer Sitzungstermin

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, schließt die Sitzung um 16:35 Uhr.

gez. Hauke Göttisch
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführerin